

Datenschutzhinweis Psychiatrisch-Psychologischer Dienst

Nachfolgend informieren wir Sie gemäss Art. 13 und Art. 14 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Art und Weise und die Hintergründe der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit unseren Tätigkeiten. Die folgenden Hinweise gelten gleichermaßen für Antrags- und Gesuchstellende, Vertragspartner sowie weitere, von der Datenverarbeitung betroffene Personen.

Verantwortliche Stelle

Amt für Soziale Dienste
Postplatz 2
Postfach 63
9494 Schaan
T +423 236 72 72
info.asd@llv.li
www.asd.llv.li

Fragen zum Datenschutz können Sie direkt an uns richten oder aber an die Fachstelle Datenschutz als unsere Datenschutzbeauftragte.

Kontakt Daten Datenschutzbeauftragte

Fachstelle Datenschutz
Peter-Kaiser-Platz 1
9490 Vaduz
T +423 236 73 08
datenschutz@regierung.li
www.fds.llv.li

Zweck der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten hat vornehmlich den Zweck, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, der uns obliegt. Dieser umfasst die Leistung von persönlicher und institutioneller Hilfe gemäss Art. 7 und Art. 7a Sozialhilfegesetz.

Vornehmlich üben wir folgende verarbeitende Tätigkeiten aus:

- Beratung, Betreuung und Unterstützung der Klientinnen und Klienten
- Antrag auf Unterbringung
- Organisieren von Hilfestellungen nach stationären Aufenthalten

Rechtsgrundlagen

Die Rechtsgrundlagen für die verarbeitenden Tätigkeiten sind in den Artikeln 26a bis 26d des Sozialhilfegesetzes vom 15. November 1984 (SHG; LGBl. 1985 Nr. 17), Art. 17 und 18 der Sozialhilfeverordnung vom 7. April 1987 (SHV, LGBl. 1987 Nr. 18) sowie in Art. 6 Abs. 1 Bst. e der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) festgehalten

Zu verarbeitende Daten

Folgende personenbezogene Daten werden bei der Ausübung unserer Tätigkeiten erhoben, erfasst und weiterverarbeitet:

- Name und Kontaktdaten
- Geburtsdatum
- Bankdaten
- PEID
- Geschlecht
- Zivilstand
- Familienstatus
- AHV-Nr.
- Sprache
- Nationalität
- Aufenthaltsstatus
- Ausbildung/erlernter Beruf
- Angehörige (Name, Vorname, Geburtsdatum, Adresse, Telefonnummer, Email, Beziehung zu diesem Angehörigen)
- Wohnverhältnis (Mietvertrag)
- Krankenversicherung und sonstige Versicherungen
- Untersuchungen und Abklärungen (z.B. testpsychologische Untersuchungen, Beurteilung der Wohn- und Arbeitsfähigkeit, etc.)
- Ärztliche Zeugnisse, Befunde, Stellungnahmen und Gutachten
- Berichte von Leistungserbringern (z.B. Verlaufsberichte von stationären und ambulanten Einrichtungen, Sozialarbeiter)
- sämtliche Daten, welche zur Durchführung der persönlichen und institutionellen Hilfe erforderlich sind

Herkunft der Daten

Sofern die Daten nicht bei Ihnen persönlich erhoben werden, stammen die Angaben zu den personenbezogenen Daten aus folgenden Quellen:

- Landes- und Gemeindebehörden (Steuerveranlagung, Erwerbsbescheinigung)
- Zentrales Personenregister (ZPR)
- verschiedene Dienste innerhalb des Amtes
- Rechtsmittelinstanzen (Regierung, zuständige Gerichte)

- AHV/IV-Anstalten
- Organe einer Sozialversicherung (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung etc.)
- Leistungserbringer (ambulante und stationäre Betreuungseinrichtungen, Ärzte, etc.)
- sonstige Stellen, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist

Empfänger

Wir übermitteln ihre Daten nur in gesetzlich vorgeschriebenen und erlaubten Fällen an andere öffentliche Stellen. Als Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten kommen in Betracht.

- Landesbehörden, z.B. Amt für Gesundheit, Regierung, zuständiges Ministerium
- verschiedene Dienste innerhalb des Amtes (z.B. Sozialer Dienst)
- Gemeinden
- Krankenversicherungen
- AHV-IV-FAK-Anstalten
- Organe einer Sozialversicherung (Krankenversicherung, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Pensionsversicherung etc.)
- Gerichte
- Leistungserbringer (ambulante und stationäre Betreuungseinrichtungen, Ärzte, etc.)
- sonstige Stellen, soweit dies zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist

Drittländer

Die Übermittlung personenbezogener Daten in ein Drittland, wie in die Schweiz, erfolgt in Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zwecks Gewährung von persönlicher und institutioneller Hilfe an Hilfsbedürftige. Die Übermittlung in dieses Drittland wird ermöglicht auf der Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses der EU-Kommission gemäss Artikel 45 DSGVO.

Speicherdauer

Die Speicherdauer der Datenverarbeitung richtet sich nach spezialgesetzlichen Vorgaben zu den Aufbewahrungsfristen bzw. dem Archivgesetz. Ist der Zweck der Datenverarbeitung erreicht und stehen der Vernichtung Ihrer Daten keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen entgegen, werden die personenbezogenen Daten grundsätzlich dem jeweiligen Löschkonzept zugeführt. Die Löschkonzepte sehen unter anderem wie folgt aus: Im Rahmen der persönlichen und institutionellen Hilfe erhobene Daten werden nach zehn Jahren gelöscht.

Rechte der betroffenen Personen

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten stehen Ihnen aus dem Datenschutz verschiedene Rechte zu: Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit, Widerspruch, Beschwerde gegenüber der Aufsichtsbehörde.

Sie können die Ausübung Ihrer Rechte als formlosen Antrag bzw. Gesuch und ohne Begründung gegenüber dem Verantwortlichen geltend machen. Empfohlen wird jedoch, den Antrag bzw. das Gesuch schriftlich oder in einer sicheren elektronischen Form einzureichen.

1. Recht auf Auskunft:

Mit dem Auskunftsrecht nach Art. 15 DSGVO können Sie als betroffene Person von dem für die Datenverarbeitung Verantwortlichen Auskunft darüber verlangen, welche Daten beim Verantwortlichen über Sie gespeichert sind bzw. verarbeitet werden.

Zudem erhalten Sie vom Verantwortlichen ergänzende Informationen, z.B. über die Verarbeitungszwecke, die Herkunft der Daten, soweit diese nicht direkt bei Ihnen erhoben wurden, oder über Empfänger, an die Ihre Daten übermittelt werden.

Durch das Auskunftsrecht werden Sie in die Lage versetzt, den Überblick und damit auch die Kontrolle darüber zu behalten, welche Ihrer personenbezogenen Daten zu welchem Zweck und aufgrund welcher Rechtsgrundlage verarbeitet werden.

2. Recht auf Berichtigung

Wenn Sie feststellen, dass Ihre personenbezogenen Daten unrichtig sind, können Sie nach Art. 16 DSGVO deren unverzügliche Berichtigung gegenüber dem Verantwortlichen verlangen. Unverzüglich meint eine nicht- schuldhaftige Verzögerung des Verantwortlichen, das bedeutet, mit einem gewissen Zeitaufwand für die Bearbeitung des Gesuchs muss gerechnet werden.

3. Recht auf Löschung

Mit dem Recht auf Löschung nach Art. 17 DSGVO können Sie grundsätzlich die unverzügliche Entfernung Ihrer personenbezogenen Daten beim Verantwortlichen verlangen, sofern einer der Gründe aus Art. 17 Abs. 1 Bst. a bis f DSGVO vorliegt, z.B. die Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr notwendig sind, die Einwilligung widerrufen wurde, erfolgreicher Widerspruch eingelegt wurde, die Verarbeitung unrechtmässig erfolgte, etc.

Dem Lösungsanspruch können allerdings Ausnahmen entgegenstehen, die in Art. 17 Abs. 3 DSGVO gelistet sind. Regelmässig zu prüfen hat der Verantwortliche, ob gesetzliche Aufbewahrungsfristen oder das Archivgesetz einer Löschung widersprechen.

4. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO kann nur unter bestimmten Voraussetzungen geltend gemacht werden, die in den Bst. a bis d des Artikels gelistet sind. Wenn Sie z.B. die Berichtigung Ihrer falschen Daten verlangen oder Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben, muss die Verarbeitung Ihrer Daten vom Verantwortlichen bis zum Abschluss seiner Prüfung eingeschränkt werden. Weiterhin muss die Verarbeitung eingeschränkt werden, wenn Sie wegen ungerechtfertigter Verarbeitung die Einschränkung ausdrücklich statt einer Löschung verlangen. Auch ist die Verarbeitung

einzuschränken, wenn der Verantwortliche Ihre Daten zwar nicht mehr für eigene Zwecke benötigt, Sie diese aber noch für die Verfolgung eigener Ansprüche nutzen möchten.

5. Recht auf Datenübertragbarkeit

Haben Sie Ihre Daten dem Verantwortlichen bereitgestellt, können Sie nach Art. 20 DSGVO verlangen, dass Sie diese Daten in einem gängigen maschinenlesbaren Format herausgegeben bekommen. Damit soll Ihnen die eigene Übermittlung zu einem anderen Verantwortlichen erleichtert werden. Das Recht auf Datenübertragbarkeit gilt, wenn die Verarbeitung aufgrund Einwilligung oder Vertrag basiert und mithilfe automatisierter Verfahren erfolgte.

6. Recht auf Widerspruch

Art. 21 Abs. 1 DSGVO gewährt Ihnen das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, ausnahmsweise auch gegen eine an sich rechtmässige Datenverarbeitung Widerspruch einzulegen, sofern Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer Daten eine erfolgte Interessenabwägung seitens dem Verantwortlichen ist, dessen Interessen bei der vorgenommenen Abwägung überwogen haben.

7. Recht auf Beschwerde

Sofern Sie als von der Datenverarbeitung betroffene Person der Annahme sind, dass eine unrechtmässige Datenverarbeitung vorliegt, können Sie jederzeit Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einreichen.

Kontakt Daten Datenschutz-Aufsichtsbehörde

Die in Liechtenstein zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Datenschutzstelle mit den Kontaktdaten:

Datenschutzstelle Fürstentum Liechtenstein

Kirchstrasse 8

Postfach 684

9490 Vaduz

T +423 236 60 90

info.dss@llv.li

www.datenschutzstelle.li

Weitere Informationen zum Datenschutz, insbesondere betreffend der Webseite der Liechtensteinischen Landesverwaltung finden Sie in der [Datenschutzerklärung](#).